

## Börsenwelt im Draghi-Rausch . . .

Griechenlands Wähler haben die Sparpolitik der EU mit großer Mehrheit abgewählt. Zwei Parteien des links- und rechtsradikalen Spektrums haben blitzschnell eine Koalition gebildet und den Regierungschef ernannt, obwohl es nur eine winzige Gemeinsamkeit gibt: Den Schuldenschnitt. Die Börsenkurse sind trotz des damit verknüpften Schreckens-Szenarios gestiegen.

Es gibt keinen Zweifel: Die Griechenwahl ist ein historischer Meilenstein auf dem Weg zur Radikalisierung der Wähler in Europa. Augenscheinlich werden die Sorgen der Finanz-Märkte aber vom Draghi-Rausch überdröhnt, denn steigende Kurse als Reaktion auf die Gefahr eines Staatsbankrotts sind im Grunde genommen eine idiotische Aufforderung an die Adresse aller Schuldner, dem Beispiel der Griechen zu folgen. Natürlich dokumentiert die Gelassenheit der Märkte, wie sehr das süße Gift des Finanzmarkt-Dopings den Verstand der Akteure betäubt und das Bewusstsein verzerrt.

Die Populisten in den vielen Anti-Euro-Splitterparteien sind hingegen stock-nüchtern und extrem radikal. Sie werden jetzt sämtliche wirtschaftlichen und politischen Konventionen infrage stellen. Kein Wähler wird sich jemals mehr durch die Androhung wirtschaftlicher Konsequenzen einschüchtern lassen. Nun ist es amtlich: Schulden machen wird belohnt, wer spart ist dumm, Gläubiger sind erpressbar und die Geldpolitik auch. Apropos: Der Kapitalmarktzins ist so weit gefallen, dass mittlerweile mehr als €4 BILLIONEN umlaufende Anleihen mit Negativ-Zinsen Vermögen vernichten. Im Grunde spielt es damit keine Rolle mehr, ob der Schuldner Konkurs geht oder der Staat das Geld konfisziert.

Die politische Führungs-Elite der EU steht vor einem Scherbenhaufen. Sie hat sich komplett verkalkuliert: Nullzinsen und Rekordschulden fördern weder die Solidarität der demokratischen Wähler-Mehrheit noch die politische Stabilität. Im Gegenteil. Die Politik der Mitte (Doping der Finanzmärkte) schürt den Extremismus, radikalisiert die Wähler. Faktisch liefert man den Euro-Skeptikern die Argumente frei Haus. Die EZB ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Anders formuliert: Der Extremismus ist auf dem Vormarsch. Das gilt für die Geldpolitik, die Börsen und die Wähler. Wir befürchten ein böses Erwachen.

Die Situation in Deutschland ist ein politischer Spiegel dieser Situation. Die CSU fordert ganz radikal, dass die Bundesbank als Reaktion auf die EZB-Beschlüsse eine Verweigerungshaltung annimmt. Die CDU will sich weigern, mit Griechenland über einen Schuldenschnitt zu verhandeln. Die Grünen fordern indes den Schuldenverzicht. Und der SPD-nahe Ifo-Chef Hans Werner Sinn fordert diesen Schulden-Schnitt nicht nur für Griechenland oder die EU, sondern radikal weltweit.

Die Splitterparteien in England, Schottland, Spanien, Belgien, Frankreich, Italien werden dieses Spektakel schamlos ausschlachten, selbst wenn es sich nur um politische Schau handelt. Vermutlich droht damit eine Spaltung der EU. Zyniker behaupten, der einstige Werbe-Slogan von Toyota zierte bereits das Eingangs-Portal der EZB: „Nichts ist unmöglich“. Nächster Wahl-Termin: London im April.

Apropos:

Kanzlerin Merkel und Kreml-Chef Putin haben in einem Blitz-Telefonat die Eskalation der Lage in der Ukraine erörtert. Die Börsen haben auch das mit steigenden Kursen begrüßt, obwohl die Bonität Russlands auf Ramsch herabgestuft wurde (Moratorium rückt näher)!